

**Fraktionsübergreifender Antrag von
Bündnis 90/Die Grünen, Netzwerk für Friedrichshafen, ÖDP
zum Doppelhaushalt 2020/21**

Nachhaltigkeitsmanagement – Gemeinwohl-Ökonomie

Beschlussantrag:

Die oben genannten Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Netzwerk für Friedrichshafen, ÖDP beantragen 50.000 Euro (p.a.) für die Planung und Durchführung eines Nachhaltigkeitsmanagement Ansatzes wie der Gemeinwohl-Ökonomie, Bewusstseinsbildung und abzuleitende Maßnahmen in der öffentlichen Verwaltung, den Eigenbetrieben und Bildungseinrichtungen. Zusätzlich soll die Wirtschaftsförderung die lokalen Unternehmen unterstützen durch Informationen und Schulungen bzw. durch subsidiäre Förderung in der Etablierung und dem Verfolgen des Nachhaltigkeitsmanagements.

Begründung:

Wir leben in einer wirtschaftlich gesunden und starken Region, aber müssen uns gleichzeitig darüber klarwerden, dass unser heutiges Handeln und Verhalten negative soziale Auswirkungen und irreversible Schäden für die Ökologie verursacht. Wir als Gesellschaft haben uns den Klimaschutzziele und den Nachhaltigkeitszielen der UN Agenda 2030 („SDG's“ = Sustainable Development Goals) verpflichtet. Wir sehen unsere Verantwortung künftigen Generationen gegenüber darin, umzusteuern und uns konsequent nachhaltig zu verhalten. Diese Veränderung bedarf einer systematischen und konzeptionellen Unterstützung und kann nicht durch Einzelmaßnahmen für ausreichend angesehen werden. Auch Friedrichshafen zeigt im SDG-Portal noch deutliches Potential für mehr Beiträge zu den Nachhaltigkeitszielen. Wir berufen uns bei diesem Antrag u.a. auf die positiven Erfahrungen in den Städten Konstanz, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim oder bei unseren Nachbarn in Vorarlberg.

Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet ein Wirtschaftsmodell, in dem nicht der finanzielle Gewinn Einzelner, sondern das Wohl aller – das Gemeinwohl – im Vordergrund steht. Zudem gibt es Unternehmen, Kommunen und handelnden Personen eine Orientierung entlang von sozial-ökologischen Werten über die relevante Wertschöpfungskette hinweg und stellt ein systematisches Managementkonzept für eine nachhaltige Ausrichtung dar. Es ist also weit mehr als der übliche Nachhaltigkeitsbericht oder die Summe einzelner Maßnahmen. Der Kommune fällt dabei eine besondere Rolle zu. Eine Kommune hinterfragt und richtet sein eigenes Einkaufsverhalten bzw. wirtschaftliches Handeln neu aus, es wirkt direkt über die Eigenbetriebe und Bildungseinrichtungen und mittelbar durch Förderung von Bürger*innen und privatwirtschaftlicher Unternehmen. Zugleich nimmt Sie damit die ureigentliche Aufgabe

zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens wahr – jetzt allerdings nach gleichberechtigten Nachhaltigkeitszielen zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie. Mögliche Verwendungen für die Position im Haushalt 2020/21 zur Umsetzung der Klimaziele und UN Agenda 2030 mittels der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) könnten sein:

- Bürger*innen Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit
- Subsidiäre Förderung von Unternehmens-Peergroups zur Einführung der Gemeinwohl-Bilanzierung Kompaktbilanz/ Gemeinwohl-Bericht (analog Vorgehen z.B. in Stuttgart)
- Pilotprojekt „GWÖ Bilanzierung Kompaktbilanz“ für Eigenbetriebe und / oder Bildungsbetriebe
- Projektbudget zur Konzepterstellung und Umsetzung der Einkaufsrichtlinien nach SDG's/ Gemeinwohl-Kriterien

Dieses Budget könnte bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt werden und mit einer Formulierung der Aufgabenstellung zur Förderung der Umsetzung der SDG (Zielgruppen Unternehmen, Eigenbetriebe, öffentliche Verwaltung, Bürger*innen als Einzelpersonen) ergänzt werden (Anm: in Stuttgart ist dafür sogar eine Stelle für Nachhaltigkeit und GWÖ eingerichtet).

Die Auswahl der Ansätze und deren Ausgestaltung können sich im Laufe der Diskussionen in Ausschüssen und dem Gemeinderat ergeben.